



Hauptstadt-Bulletin

Sehr geehrte Damen und Herren,

der aufsehenerregenden Demonstration der Landwirte am vergangenen Dienstag in Berlin folgten zahlreiche Treueschwüre auf den Social-Media-Kanälen für die Landwirte. Ich habe darauf verzichtet, weil ich mich seit meiner Zeit im Bundestag mit voller Überzeugung für die Belange unserer Bauern einsetze. Gerade deshalb möchte ich ihnen auch kein X für ein U vormachen. Das Spannungsfeld zwischen Landwirtschaft, Verbraucherverhalten und Naturschutz ist, wie schon das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ zeigt, gewaltig und lässt sich nicht mit Treueschwüren lösen. Als Volkspartei sieht die CDU/CSU ihre Aufgabe darin, zwischen diesen Interessen und den Qualitätsstandards der Europäischen Union einen Ausgleich zu finden. Die CDU Baden-Württemberg hat es vorgemacht: Als Reaktion auf das Volksbegehren haben wir mit dem runden Tisch einen Weg aufgezeigt, wie sowohl die biologische Vielfalt gestärkt, als auch die bäuerliche Landwirtschaft mit ihrer regionalen Erzeugung gesichert werden kann. Wir sehen da keinen Platz für Extrempositionen, deshalb wird auch das Insektenschutzkonzept des Bundesumwelt- und -landwirtschaftsministeriums so keinesfalls das Parlament passieren. Julia Klöckner hat allerdings auch keinen einfachen Stand - einerseits wird sie von Aktivisten als oberste Agrarlobbyistin beschimpft und gleichzeitig andererseits von den Bauern so stark angegriffen, dass man meinen könnte, sie möchte die Landwirtschaft abschaffen. Die Union muss das wie immer aushalten, wir gehen den Weg der Mitte, anders als die FDP: Die Liberalen haben urplötzlich ihre Liebe zur Landwirtschaft entdeckt und wollen sich bei den Bauern als deren vermeintliche Retter einschmeicheln. Von verantwortungsvoller Politik ist die FDP in dieser aufgeladenen Gemengelage weit entfernt, von einem Konzept ohnehin. Ob Landwirte, Naturschützer oder wir Verbraucher, allen Beteiligten muss klar sein, dass wir einen Wandel in den Köpfen brauchen und keine gegenseitigen Beschimpfungen. Insbesondere der stark grassierende öffentliche Generalverdacht gegen die Landwirtschaft ist absurd. Der bäuerliche Naturschutz ist vielleicht die älteste Umweltbewegung die wir kennen und schätzen sollten, von den erzeugten „Lebens“mitteln einmal ganz abgesehen. Ich möchte die Landwirtschaft und die Gesellschaft zusammenführen und vielleicht können naturverbundene Südbadener dafür ein gutes Vorbild sein.

Ihr




Armin Schuster MdB
Im Deutschen Bundestag
Für den Wahlkreis
Lörrach-Müllheim

Bundestagsbüro
Tel.: 030 227 – 71005
Fax: 030 227 – 76606
E-Mail: armin.schuster@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Tel.: 07621 – 4258033
Fax: 07621 – 4258035
E-Mail: armin.schuster.wk@bundestag.de

Rekordhaushalt für 2020 verabschiedet

Der Bundeshaushalt für 2020 steht. In der aktuellen „Haushaltswoche“ wurde er abschließend im Bundestag beraten und beschlossen. Vorgesehen sind Rekord-Ausgaben in Höhe von gut 362 Mrd. Euro – fast sechs Milliarden mehr als in 2019. Der Haushalt steht zum siebten Mal in Folge unter dem Zeichen der „schwarzen Null“. Seit 2014 kommt der Bund damit ohne neue Schulden aus. Ein weiterer Erfolg: In diesem Jahr sinken die Staatsschulden voraussichtlich erstmals unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Das bedeutet, dass zum ersten Mal seit 2002 der Euro-Stabilitätspakt wieder eingehalten werden kann. Der kommende Haushalt steht ganz im Zeichen der Zeit. Investitionsschwerpunkte legt die GroKo beim Klimaschutz, bei der Bildung und den Sicherheitsbehörden. Der Klimaschutz wird mit Förderprogrammen in Milliardenhöhe vorangetrieben, darunter 7 Mrd. Euro für energetische Gebäudesanierung, Heizungstausch, E-Ladesäulen, die E-Autoprämie und Batterie- und Wasserstoffforschung. Darüber hinaus sollen Bahnreisen billiger und Flugpreise moderat angehoben werden, um die richtigen Anreize zu setzen. Mit 18.3 Mrd. Euro erreicht der Bildungsetat einen neuen Höchststand. Im parlamentarischen Verfahren wurde eine geplante Kürzung in einen Aufwuchs umgewandelt. Für den „Digitalpakt Schule“ werden den Ländern mehr als 220 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. 500 Mio. Euro werden für den Bereich „Künstliche Intelligenz“ in andere Bundesministerien investiert. Die innere Sicherheit wird mit erheblich mehr Geld und Stellen gestärkt, umfassende Informationen dazu sind [hier](#) abrufbar. Letzte Sitzungswoche hat der Bundestag bereits ergänzend beschlossen, dass der Bund die Länder in den nächsten zwei Jahren um rund 6 Mrd. Euro bei den Flüchtlingskosten entlasten wird. Der Bund zeigt damit, dass er die Kommunen nicht im Stich lässt und sich der Belastung insbesondere durch die Nachwirkungen der hohen Zahl anerkannter Asyl- und Schutzberechtigten der Jahre 2015 und 2016 bewusst ist.

Tatkräftige Unterstützung im Berliner Büro

Für fünf Wochen bekam unser Berliner Büro Unterstützung aus Köln. Nachdem Nele Boisserée ihren Bachelor in Landschaftsarchitektur absolviert hat, wollte sie das Praktikum im Bundestag nutzen um einen Einblick in die deutsche Politik zu erlangen.



CDU-Delegierte: Armin Schuster, Dominik Anel, Gudrun Heute-Bluhm

Bilanz des CDU-Bundesparteitags

Am 22. und 23. November kamen die Mitglieder der CDU zusammen um über die neuen Ziele der Partei zu diskutieren. Unter dem Motto „Deutschlands starke Mitte“ wurden mehrere Beschlüsse gefasst. Das Ergebnis des Antrags einer Urwahl zur Kanzlerkandidatur zeigt, dass die CDU hinter ihrer Parteichefin Annegret Kramp-Karrenbauer steht. 79 Prozent lehnten die Urwahl ab womit Kramp-Karrenbauer vorübergehend der erste Zugriff auf die Kanzlerkandidatur bleibt. Eine Einigung gab es bei dem umstrittenen Thema, Huawei beim Ausbau des 5G-Mobilfunks einzubinden. Das chinesische Unternehmen soll nicht generell von dem Ausbau ausgeschlossen werden, jedoch sollen nur Ausrüster mit einem klar definierten Sicherheitskatalog beteiligt werden. Darin soll unter anderem eine Einflussnahme auf unser 5G-Netz durch einen fremden Staat ausgeschlossen werden. Zudem ist es wichtig, dass im Bundestag darüber entschieden wird und nicht in den Ministerien. Mit dem Antrag „Digitalcharta Innovationsplattform: D“ möchte die CDU einen verantwortungsvollen und zukunftsorientierten digitalen Wandel einleiten. Dadurch sollen kleinere Unternehmen weniger durch die Datenschutz-Grundverordnung belastet werden. Die CDU strebt zudem eine Verbesserung der privaten Altersvorsorge an. Neu abgeschlossene Verträge sollen um 30 Prozent in drei Jahren anwachsen. Falls sich dieses Wachstum nicht einstellt, möchte die CDU die private Altersvorsorge langfristig verpflichtend einführen. Schließlich unterstreicht die CDU die Glaubensfreiheit als einen sehr wichtigen Grundsatz unserer Gesellschaft. Mit einem Kopftuchverbot in Kindergärten und Grundschulen, sollen Kinder vor Ausgrenzung geschützt werden.

TERMINHINWEIS

4. Dezember 2019

Besuch der Freien Evangelische Schule
17.30 Uhr | FES, Lörrach